

Partizipation im großen Stil – Zur Konzeption der diskursiven Module im deutschen Bürgerdialog Zukunftstechnologien

Michael Decker und Torsten Fleischer

Das deutsche Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) begann Anfang 2011 – veranlasst durch einen Passus im Koalitionsvertrag der aktuellen Bundesregierung – einen breit angelegten Bürgerdialog-Prozess, um einen kontinuierlichen Diskurs mit der Gesellschaft über Zukunftstechnologien zu führen. Im Rahmen dieses Vorhabens sollen in den nächsten vier Jahren themenbezogene Dialogprozesse zu sechs bis acht Technikfeldern durchgeführt werden, in deren Rahmen sich die Bürger über neue Forschungsvorhaben und Schlüsseltechnologien informieren, sich in einem öffentlichen Diskurs eine Meinung bilden und diese gegenüber Politik, Wirtschaft und Wissenschaft vertreten können sollen.

Zur Umsetzung dieser Ziele wurde durch das Projektkonsortium – bestehend aus ifok GmbH, KIT-ITAS und ZIRN Stuttgart – ein dreiphasiges Verfahrensmodell entwickelt, das verschiedene diskursive Module enthält. In der ersten Phase sollen mittels Fokusgruppen und einer Online-Diskussion zunächst die inhaltlichen Grundlagen für den eigentlichen Dialogprozess geschaffen werden. Im Rahmen von bis zu 16 regionalen Bürgerkonferenzen mit so genannten Netzwerkpartnern werden in der zweiten Phase die Themen dann ausführlicher behandelt. Auch diese Phase wird durch eine Online-Konsultation begleitet. Die in den unterschiedlichen Formaten gewonnenen Erkenntnisse sollen schließlich in der dritten Phase in eine nationale Bürgerkonferenz münden, in deren Verlauf ein Bürgerreport bzw. eine Bürgeragenda erarbeitet werden. Auch bei dieser Konferenz ist ein „online-Mitwirken“ vorgesehen. Die drei Phasen der Bürgerpartizipation werden von einem „Runden Tisch“ inhaltlich begleitet, der sich aus Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie aus Vertretern verschiedener Interessensgruppen zusammensetzt.

Der Konferenzbeitrag wird die verschiedenen diskursiven Module und ihre Rolle im Prozess ausführlicher vorstellen und diskutieren. In einer weitergehenden Reflexion soll in den Blick genommen werden, welche Erträge aus den Modulen in welcher Form für Technikfolgenabschätzungen nutzbar gemacht werden können und welchen unterschiedlichen Partizipationserwartungen der beteiligten Akteure mit den verschiedenen Elementen Rechnung getragen werden kann. Abschließend sollen – gestützt durch die bisherigen Projekterfahrungen und Beobachtungen in anderen Projektzusammenhängen – die Möglichkeiten und Grenzen „echter“ Partizipation im Rahmen der deutschen Forschungs- und Technologiepolitik diskutiert werden.

Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Frage gelegt, welche Legitimation die Ergebnisse des Verfahrens erlangen können. Dies bezieht sich zum einen auf die Legitimation des partizipativen Prozesses aus dem politischen Regime heraus. Zwar existiert in der gegenwärtig formulierten Zielsetzung des Prozesses keine Formulierung, die nahe legt, dass ein resultierendes Ergebnis auch politisch umgesetzt wird. Zugleich kann vermutet werden, dass ein in diesem Dialog erreichter Konsens, der keinerlei Wertschätzung seitens der Regierungskoalition erhält, zu einem massiven Prestigeverlust führen könnte.

Ein zweiter interessanter Aspekt ist, dass es die finanzielle Ausstattung dieser Bürger-Dialoge – theoretisch - erlaubt, auch prozedural eine hohe Legitimation erzielen zu können. So ist es gewünscht, dass – je Dialogthema – jeweils mehr als 1000 Bürgerinnen und Bürger über so genannte regionale Bürgerkonferenzen in diesen Dialogprozess eingebunden werden sollen, deren Ergebnisse schließlich in einen Bürgergipfel einfließen, auf dem dann der Bürgerreport oder auch die Bürgeragenda erarbeitet werden. Die Teilnehmerzahl bei den Bürgerdialogen liegt damit in einer Dimension, wie sie in Deutschland gemeinhin für repräsentative Umfragen gewählt wird und damit die bei partizipativen Verfahren sonst übliche Größenordnung deutlich übertrifft. Die Bürgerdialoge könnten also, wenn eine entsprechende Auswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer über alle Veranstaltungen hinweg gelänge, aufgrund quantitativer Erwägungen Repräsentativität reklamieren.

Das wirft aber weitere Fragen auf, die bei der TA'11 diskutiert werden sollen:

- 1.) Welche Legitimation erzeugt Repräsentativität, wenn die einzelne Veranstaltung nicht repräsentativ ist.
- 2.) Der Vorteil partizipativer/deliberativer Verfahren ist, dass man nicht nur ein Meinungsbild (entsprechend einer Umfrage) erhält, sondern aus der Diskussion auch Argumentationsstränge gewinnen kann. Wie und in welchem Maße lassen sich die einzelnen Ergebnisse der Teilprozesse in einem Bürgergipfel weiterverwerten?
- 3.) Wie würde sich die prozedurale Legitimation eines Ergebnisses verändern, wenn zusätzlich zu den Teilnehmenden des Bürgergipfels auch alle 1000 Teilnehmenden des Gesamtprozesses den Bürgerreport zeichnen?